

FREIBERUFLER-TICKER vom 23. Februar 2024

1. BFB-Kurzpositionen zur Europawahl 2024

Der BFB hat sich für die kommende Legislatur gewappnet und seine Anliegen an die künftigen Mitglieder des Europäischen Parlaments in [Kurzpositionen](#) gegossen, diese wurden jetzt auch als Broschüre aufbereitet. Adressiert werden darin aktuelle Themen wie Freie Berufe und grüne Transformation, Bürokratieabbau, Datenschutz und Zukunftstechnologien sowie freiberufliche Qualität und Verbraucherschutz. In diesem Kontext wird aber auch nochmals grundsätzlich die überragende Bedeutung von Unabhängigkeit und Berufsgeheimnis betont. So leisten Freie Berufe einen entscheidenden Beitrag dazu, die (Grund)Rechte und Interessen Einzelner gegenüber stärkeren Wirtschaftsakteurinnen und Wirtschaftsakteuren und gegenüber dem Staat zu schützen. Hierzu müssen berufliche Entscheidungen von Angehörigen der Freien Berufe im Interesse ihrer Patientinnen, Mandanten, Klientinnen oder Kunden frei von staatlicher Beeinflussung und unabhängig von den wirtschaftlichen Interessen Dritter bleiben. Dies erfordert – in je nach Berufsbild unterschiedlicher Ausprägung – einen wirksamen Geheimnisschutz, den Schutz vor Interessenskonflikten und verbietet Weisungen staatlicher Stellen ebenso wie kommerziell motivierte Vorgaben oder eine zu starke Abhängigkeit von berufsfremden Dritten. Dieser Schutz dient den Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden sowie den zu verteidigenden (Grund)Rechten und politischen Wertentscheidungen.

2. Bundeskabinett beschließt Jahreswirtschaftsbericht 2024

Das Bundeskabinett beschloss am 21. Februar 2024 den Jahreswirtschaftsbericht 2024 mit dem Titel „[Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken](#)“. Dieser enthält neben der Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Ausführungen zu den wirtschafts- und finanzpolitischen Schwerpunkten der Bundesregierung. Für 2024 erwartet diese eine leichte Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für 2025 rechnet sie mit einem BIP-Wachstum von 3,1 Prozent. Zudem wird prognostiziert, dass der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus 2024 bei 2,8 Prozent liegt, die Arbeitslosenquote soll bei 5,9 Prozent liegen. Vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft beinhaltet der Jahreswirtschaftsbericht wie auch im Vorjahr ein Sonderkapitel „Wohlfahrtsmessung und gesellschaftlicher Fortschritt“. In diesem werden andere Messgrößen in den Blick genommen, die stärker als bislang die Qualität der wirtschaftlichen Entwicklung berücksichtigen. Anhand von Wohlfahrts-, Gerechtigkeits- und Nachhaltigkeitsindikatoren wird dargestellt, wie sich die gesellschaftliche Wohlfahrt jenseits des BIP in Deutschland entwickelte. Der BFB hat den Jahreswirtschaftsbericht bewertet.

3. Anerkennungsbericht 2023 beschlossen

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung mitteilte, wurde am 21. Februar 2024 der [Anerkennungsbericht 2023](#) beschlossen. Demnach gab es 2022 einen neuen Höchststand bei den Anerkennungsanträgen in Höhe von 49.500. Damit verdoppelte sich fast die Gesamtzahl der Anträge im Vergleich zu 2019, gleichzeitig konnte die Verfahrensdauer reduziert werden. Im Schnitt dauert das Verfahren zum individuellen Kompetenzabgleich rund 85 Tage. In den Top-10-Referenzberufen mit den meisten Anträgen zwischen 2012 und 2022 finden sich fünf freiberufliche Qualifikationen: Der Beruf Arzt/Ärztin liegt mit 67.377 Anträgen an zweiter Stelle, auf dem dritten Platz folgt mit 20.523 der Beruf Ingenieur/Ingenieurin, der Beruf Physiotherapeut/Physiotherapeutin belegt den fünften Platz mit 8.949, der Beruf Zahnarzt/Zahnärztin den sechsten Platz mit 7.020 Anträgen und der Beruf Apotheker/Apothekerin mit 5.370 Anträgen Rang zehn.

4. Mehr als drei Viertel der Menschen mit Einwanderungsgeschichte sprechen zu Hause Deutsch

Das [teilte](#) das Statistische Bundesamt am 20. Februar 2024 mit Bezug auf 2022 mit. Knapp ein Viertel (24 Prozent) der rund 20,2 Millionen Personen mit Einwanderungsgeschichte sprachen im vergangenen Jahr zu Hause ausschließlich Deutsch, während mehr als die Hälfte (54 Prozent) neben Deutsch gleichzeitig noch auf mindestens eine weitere Sprache zurückgriff. Das übrige knappe Viertel (23 Prozent) sprach ausschließlich eine andere Sprache (Türkisch 14 Prozent, Russisch zwölf Prozent und Arabisch zehn Prozent). Eine Person gehört zur Gruppe der Menschen mit Einwanderungsgeschichte, wenn sie selbst oder beide Elternteile seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind. Von Personen, die selbst eingewandert sind, sprachen 2022 rund 75 Prozent regelmäßig Deutsch, bei Nachkommen von Eingewanderten waren es rund 90 Prozent. Insgesamt sprachen in Deutschland 79 Prozent der gesamten Bevölkerung zu Hause ausschließlich Deutsch. Menschen mit Einwanderungsgeschichte machten 2022 knapp ein Viertel der Bevölkerung in Privathaushalten in Deutschland aus.

5. KMU in Deutschland sind im EU-Vergleich größer – und nutzen häufiger KI

In den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Deutschland arbeiten mit durchschnittlich 6,8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern deutlich mehr Beschäftigte als im Durchschnitt der Europäischen Union (3,5 Beschäftigte). Dafür ist die durchschnittliche KMU-Dichte hierzulande niedriger als in den anderen EU-Mitgliedstaaten: Während in der Bundesrepublik schätzungsweise 2.987 KMU je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu finden sind, liegt der EU-Durchschnitt bei 5.435 KMU. Besonders hoch ist die KMU-Dichte in Tschechien (10.297 KMU), der Slowakei (9.616 KMU) und Portugal (9.438 KMU). Das [teilte](#) das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn am 21. Februar 2024 mit. Gegenüber 2021 (zehn Prozent) ist der Anteil der KMU in Deutschland, die Künstliche Intelligenz (KI) nutzen, um einen Prozentpunkt gestiegen. Damit nutzen hierzulande mehr Unternehmen mit maximal 249 Beschäftigten im Vergleich zum EU-Durchschnitt KI. Dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass die KMU in Deutschland größer sind – nachweislich steigt die KI-Affinität mit der Größe. Allerdings ist der Anteil der Großunternehmen, die KI nutzen, in Deutschland (35 Prozent) beziehungsweise im EU-Durchschnitt mehr als dreimal so hoch als unter den KMU.

6. Innovationstätigkeit im Mittelstand tritt auf der Stelle

Die Innovationsaktivitäten im Mittelstand verharren auf niedrigem Niveau. Wie der am 21. Februar 2024 [veröffentlichte](#) KfW-Innovationsbericht zeigt, brachten in den zurückliegenden drei Jahren 2020 bis 2022 vier von zehn kleinen und mittleren Unternehmen mindestens eine Innovation hervor. Das sind rund 1,5 Millionen mittelständische Unternehmen. Die Innovatorenquote von 40 Prozent bleibt damit gegenüber der Vorperiode 2019 bis 2021 unverändert. Auch die Innovationsausgaben betragen wie im Vorjahr 34 Milliarden Euro (in laufenden Preisen). Inflationsbereinigt bedeutet dies einen geringfügigen Rückgang. Anders als die Investitionen, bei denen sich 2022 sowohl ein Anstieg bei der Zahl investierender Unternehmen als auch beim Investitionsvolumen zeigt, konnten die Innovationen im Mittelstand laut KfW nicht von der konjunkturellen Erholung nach dem Abklingen der Coronapandemie profitieren. Die Kluft zwischen den Ausgaben der kleinen und mittleren Unternehmen für Innovationen auf der einen und Sachinvestitionen auf der anderen Seite ist aktuell nochmals größer geworden; Sachinvestitionen belaufen sich aktuell auf rund das Siebenfache der Innovationsinvestitionen.

7. Digitale Kompetenzen im EU-Vergleich

Laut einer [Mitteilung](#) des statistischen Amtes der Europäischen Union (EU) verfügten 2023 rund 55 Prozent der Menschen in der EU im Alter von 16 bis 74 Jahren mindestens über grundlegende allgemeine digitale Kompetenzen. Innerhalb der EU gab es erhebliche Unterschiede: So lag der Wert in den Niederlanden bei knapp 83 Prozent und in Rumänien bei knapp 28 Prozent. [Deutschland](#) lag mit rund 52 Prozent leicht unter dem Durchschnitt. Weitere Befunde: Das Niveau der formalen Bildung wirkt sich auf das Niveau der digitalen Kompetenzen der Einzelnen aus. Überdies verfügen Ältere über geringere digitale Kompetenzen.

8. INSM-Umfrage zur Bürokratie

Insgesamt empfinden 92 Prozent der Befragten den bürokratischen Aufwand für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen als zu hoch, nur sechs Prozent als angemessen. 85 Prozent sagen, es gebe mehr Bürokratie als vor zehn Jahren. Während im Bevölkerungsdurchschnitt 48 Prozent sagen, sie hätten Vorschriften nicht oder nicht vollständig eingehalten, sagen das sogar mehr als 54 Prozent der Beamtinnen und Beamten. In den Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg werden Regulierungen stärker missachtet als in Flächenländern. Am gesetzestreuesten sind die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Anträge von Behörden werden von 82 Prozent als unverständlich, nur von 16 Prozent als verständlich angesehen. Selbst Beamtinnen und Beamte empfinden Anträge überwiegend (79 Prozent) als unverständlich. Mit der digitalen Entwicklung der Verwaltung sind fast drei Viertel (73 Prozent) unzufrieden. 64 Prozent sagen, dass bürokratische Hürden sie schon mal davon abgehalten haben, einen Antrag zu stellen. Dies ergibt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey unter 5.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die am 20. Februar 2024 [vorgestellt](#) wurde.

